

„UNSERE KOMMUNEN SIND DAS LEBENDIGE FUNDAMENT UNSERES FREISTAATES UND UNSERER DEMOKRATIE.“

Sommerinterview mit Staatsminister Joachim Herrmann und Dr. Uwe Brandl

Am 24. Juli durften wir unseren Kommunalminister Joachim Herrmann in der Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags begrüßen. Es wurde ein kurzweiliger und wertschätzender Austausch über wichtige Fragen unserer Zeit. Über den großen Wert der kommunalen Selbstverwaltung und die Herausforderungen der kommenden Jahre. Das Gespräch zwischen dem Staatsminister und unserem Präsidenten Dr. Uwe Brandl haben wir nachfolgend mit ein paar schönen Impressionen zusammengefasst. Die Fragen stellte unser Geschäftsführer Hans-Peter Mayer.



GEMEINDETAG

Zum Einstieg: Warum ist die kommunale Selbstverwaltung ein so großer Wert für unsere Gesellschaft und unseren Staatsaufbau?

JOACHIM HERRMANN

Gerade die Bundesrepublik Deutschland kennt eine besonders starke Form der kommunalen Selbstverwaltung. **Die Kommune, gleichsam als dritte staatliche Ebene, ist der Ort, an dem die Menschen am unmittelbarsten mit unserem Staat in Berührung kommen**, auch wenn die Kommune nicht Staat im eigentlichen Sinne ist. Darum ist es wichtig, dass wir immer auch konstruktive und gute Diskussionen zwischen Bund, Land und Kommunen führen. Wir dürfen bei allen Zuständigkeitsdebatten nie aus dem Blick verlieren, welch großen Wert

die Kommunen für unser Staatswesen haben. Darum ist es auch gut und richtig, dass die kommunale Selbstverwaltung im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verankert ist.

UWE BRANDL

Ja, das kommunale Selbstverwaltungsrecht ist in der Tat eine epochale Erfindung. Gerade nach der Neugründung der Bundesrepublik hatte es auch den großen Wert des flächendeckenden Aufbaus der Demokratie von unten nach oben. Bayern war auch hier etwas schneller und man merkt zum Teil auch, dass die Bayerische Verfassung der Selbstverwaltung mehr Gewicht einräumt, eben auch als Stabilitätsanker unserer Demokratie. Und ich gebe dem Herrn Staatsminister Recht: Wir müssen immer konstruktive Debatten führen, um ein gutes Miteinander von Staat, Ländern und Kommunen zu le-

ben und weiterzuentwickeln. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: **Ich glaube, dass wir die Verwaltungshoheit wieder in dem Sinne stärken müssen, als dass wir den Rathäusern wieder mehr – rechtssicheren – Spielraum für Ermessensentscheidungen einräumen.**

JOACHIM HERRMANN

Das halten ich für einen richtigen Gedanken. Natürlich ist der Wunsch nach einer Vielzahl von Verwaltungsvorschriften oft groß, auch um einen einheitlichen Verwaltungsvollzug sicherzustellen. Aber es muss auch weiterhin Situationen geben dürfen, bei denen örtlich intendierte Argumente in einer Region zu einem anderen Ergebnis führen als in einer anderen. Hierfür ist es wichtig, dass Bundes- und Landesgesetze eben entsprechende Ermessensspielräume eröffnen. Wir müssen also den Wunsch nach Einheitlichkeit und den Wunsch nach

örtlicher Entscheidungsfreiheit gut miteinander abwägen. Ich stehe dazu lieber Uwe, und es ist wichtig, dass wir das immer wieder in die Debatten einbringen: Mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommune vor Ort. Mehr Miteinander von Staat und Kommunen.

UWE BRANDL

Ich gebe Dir Recht, natürlich gibt es auf der anderen Seite auch den Wunsch nach immer detailgenaueren Regelungen. Aber ich glaube im Ergebnis ist es für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nur von Vorteil, wenn wir die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort stärken und diese auch wahrnehmen. Ich habe auch ein gutes Beispiel: Denke nur an die Diskussion um die Ladenöffnungszeiten. Was haben wir uns abgemüht, um einen verkaufsoffenen Sonntag zu begründen, die dann auch noch beklagt werden konnte. Es ist gut und richtig, dass Ihr das aufgegriffen habt.

GEMEINDETAG

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen für die Städte und Gemeinden in den nächsten 10 Jahren und inwieweit machen Ihnen die Kommunalfinanzen Sorgen?

JOACHIM HERRMANN

Als Integrationsminister macht mir natürlich die Flüchtlingskrise gro-



ße Sorgen. Natürlich brauchen wir qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Und natürlich wollen wir Menschen in Not helfen. **Aber es ist natürlich offenkundig, dass unsere Kommunen, unsere Sozialverbände und Ehrenamtler und unsere für Integration notwendige Infrastruktur ihre Belastungsgrenze erreicht haben.** Es geht dabei ja auch um die Auswirkungen auf Kindergärten, die Schulen und das Wohnangebot. Nichts scheint mehr wirklich planbar. Wie kann da Integration gelingen? Und schwierig wird es vor allem dann, wenn auf Bundesebene nicht einmal die damit verbundenen Kosten vollständig getragen werden. Ein zweites großes Thema sind die gewaltigen technologischen Umbrüche und Prozesse, die auch auf unsere Kommunen und das Zusammenleben der Menschen eine unglaubliche Auswirkung haben. Es ist unheimlich viel in Bewegung und unsere Kommunalpolitiker spüren die Veränderungen am unmittelbarsten und am schnellsten.

UWE BRANDL

Lieber Joachim, ich würde gerne dein erstes Thema aufgreifen und dazu eine Bitte äußern: Wir erleben aktuell vermehrt, dass Landratsämter ohne transparente Debatte oder gleichbehandelnde Verteilungskonzepte alte Gebäude aufkaufen oder anmieten um Menschen unterzubringen. Wir haben keinen Überblick mehr über Anerkennungsstadien und Anzahl der Menschen. Wir müssen hier mehr Transparenz schaffen, denn wir können diese Aufgabe nur gemeinsam leisten. Wir wissen überdies, dass Deutschland weiterhin Hauptziel für viele Menschen bleiben wird. Wir wissen, dass wir auch nicht alle, die kein Bleiberecht haben, wieder zur Rückkehr in ihre Heimat bewegen werden können. Und wir wissen auch, dass nicht alle die zu uns kommen auch integrationswillig sind. Darum ist es an der Zeit, dass wir klar und deutlich an die zuständigen Gremien auf Bundesebene unmissverständlich kommunizieren, dass dort eine andere Politik notwendig ist.

Ein großes Thema ist der mangelnde Wohnraum: Die Schaffung ausreichenden Wohnraums ist auch für uns in Bayern eine große Herausforderung. Grund und Boden werden immer teurer. Die Baukosten hören nicht auf zu steigen. Und es gelingt uns nicht, die Baustandards einzuhegen. Da müssen wir gemeinsam ran. Und: Wir haben den Menschen in den vergangenen Jahren erzählt, dass der Staat unbegrenzt leistungsfähig ist. Doch die Menschen ahnen seit langem, dass die Gleichung des „alles zu jederzeit für alle“ nicht aufgehen kann. Ich vermisse darum auch bei der Landesregierung klare Aussagen zu Aufgabenkritik und finanzieller Leistungsfähigkeit.

JOACHIM HERRMANN

Ich stimme Dir zu, wir brauchen freilich eine ernst gemeinte Aufgabenkritik. Erstens, weil wir personell – aufgrund der demografischen Entwicklung – vieles nicht mehr organisieren werden können. Und zweitens, weil wir uns finanziell

vielen nicht mehr leisten werden können. Es ist jedem unbenommen, sich für staatliche Leistungen einen Maximalstandard zu wünschen. Aber wir werden das nicht mehr auf allen Ebenen leisten können. **Darum werden wir in den kommenden Jahren auch wieder verstärkt über das Thema der Eigenverantwortung sprechen müssen.** Natürlich gibt es Dinge, die nur der Staat organisieren kann. Aber es gibt auch viele Themenbereiche, bei denen wir auch die Menschen selbst mit in die Verantwortung nehmen müssen. Und ich glaube, dass wir in den letzten Jahrzehnten auch in vielen Bereichen zu hohe Standards geschaffen haben. Die Steuereinnahmen steigen zwar im Moment immer noch moderat, aber eben bei weitem nicht so stark wie die Ausgaben. Schau doch beispielsweise auch auf die finanziellen Defizite bei den kommunalen Krankenhäusern.

UWE BRANDL

Das führt jetzt freilich sehr weit, aber

es macht Freude sich mit Dir auszutauschen: Ich bin bei Dir, dass wir eine Debatte darüber brauchen, dass unser Wohlstand nicht vom Himmel fällt, sondern er immer wieder hart erarbeitet werden muss. Dazu gehören ausreichende und moderne Arbeitsplätze. Dazu gehören digitale Infrastruktur und ein realistischer Datenschutz. Und dazu gehört, da gebe ich Dir Recht, eine Debatte über geschaffene soziale Standards. Zum Thema Krankenhäuser brauchen wir heute sicherlich vermehrt eine Planung, die eine bestmögliche und qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellt, da kann es auch manchmal kontraproduktiv sein, sehr kleine Häuser künstlich am Leben zu erhalten, wenn dies betriebswirtschaftlich nicht darstellbar ist. Wir müssen unsere Strukturen immer wieder den sich verändernden Realitäten anpassen, das war immer Aufgabe von der Politik und wird auch immer Aufgabe von Politik bleiben. In unserer Zeit verändern sich nur eben gerade viele Realitäten gleichzeitig und das macht es besonders herausfordernd.

GEMEINDETAG

Lassen Sie uns das Thema wechseln: Wir halten den Runden Tisch Bürgerbeteiligung für eine guten Idee. Wir glauben, dass es unsere Mandatsträger frustriert, wenn ihre gut überlegten Entscheidungen in letzter Minute kassiert werden können. Sehen auch Sie ein Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und „Last-Minute Bürgerbeteiligung“?





JOACHIM HERRMANN

Für mich sind Bürgerentscheide ein bewährter Teil einer funktionierenden Demokratie. Ich war selbst über 13 Jahre in einem Stadtrat und habe in dieser Zeit Bürgerentscheide erlebt. Aber wir müssen sehen, dass dadurch Prozesse für Vorhaben auch hinausgezögert werden, die wir dringend brauchen. Ich halte es daher für schwierig, dass abgewogenen Gremienentscheidungen unserer Stadt- und Gemeinderäte oder Kreistage – als Repräsentativorgane – die häufig unter Einbeziehung der Bürgerschaft zustande gekommen sind, in letzter Minute wieder in Frage gestellt werden können. Das ist auch eine Frage von Rechtssicherheit und Verlässlichkeit. Also stelle ich zur Diskussion, ob wir im Bereich z.B. der Energiewende, der notwendigen Infrastruktur einschließlich der Verkehrsinfrastruktur oder der Bauleitplanung etwa zu Wohnbauvorhaben verbesserte Verfahren schaffen können. Ich setze dabei sehr auf den Runden Tisch unter Moderation von Günter Beckstein und ich bin

mir sicher, dass wir dort zu guten Ergebnissen kommen werden.

UWE BRANDL

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Bayern schlicht zu umfassend und zu unbegrenzt einsetzbar. Das ist übrigens in anderen Bundesländern anders. Denke nur beispielsweise an das Thema Abgaben und Gebühren. Oder an den Hochwasserschutz. Oder an die Weiterführung defizitärer Krankenhäuser! **Wichtig ist vor allem auch, dass wir unsere repräsentativ gewählten Gemeinderatsmitglieder damit nicht frustrieren.** Sie lassen sich aufstellen um zu diskutieren, um zu gestalten und um endgültig und verlässlich zu entscheiden und damit Verantwortung zu übernehmen. Deshalb gilt für uns: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind wichtiges Element einer lebendigen Demokratie. Aber wir müssen über die Entscheidungsgegenstände und das Verfahren sprechen. Auch aus Respekt vor der repräsentativen Demokratie.

JOACHIM HERRMANN

Ich stimme Dir freilich zu. Deine Beispiele sind natürlich grundsätzlich berechtigt. Und darum werden wir sicherlich gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

GEMEINDETAG

Die Kommunalwahl 2026 ist in Sichtweite. Wie ermuntern wir Menschen dazu, zu kandidieren?

JOACHIM HERRMANN

Ich glaube, dass wir partei- und verbändeübergreifend dafür werben und dass wir zusammen Begeisterung für kommunale Wahlämter entfachen müssen. Wir müssen den Menschen sagen, dass es in der Kommunalpolitik um die unmittelbare persönliche Zukunft der Menschen in ihrem Ort geht, in dem Ort, in dem sie zu Hause sind. Wir müssen ihnen erklären, dass sie etwas gestalten können, dass sie für unsere Demokratie und ihre Mitmenschen Verantwortung übernehmen können. Ich bin mir sicher, dass wir auch junge Menschen und vor allem auch mehr Frauen für diese Aufgabe begeistern können.

Ich halte es darum auch für einen Vorteil, dass wir in den Kommunen eine 6-jährige Wahlperiode haben. Das birgt gerade für junge Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten ein Mehr an Verlässlichkeit. Auf der anderen Sei-



te bindet das Kommunalrecht Gemeinderatsmitglieder auch nicht zu stark. Wer aus beruflichen Gründen umziehen muss, kann dies jederzeit tun.

Darum sage ich, lasst uns gemeinsam eine positive Stimmung verbreiten. Es wird aktuell viel über Hass und Hetze gesprochen und solche Anfeindungen sind natürlich auch ein wirkliches Problem. Aber wir müssen auch darüber sprechen, was für eine schöne Aufgabe es ist, die eigene Gemeinde, die eigene Stadt, das eigene Dorf etwas gestalten und bewegen zu können. Lasst uns anfangen die Werbetrommel zu rühren.

UWE BRANDL

Ich stimme Dir im Grunde zu lieber Joachim. Wir werden das kommende Jahr für entsprechende Formate nutzen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir für die kommunalen Mandatsträger optimale Rahmenbedingungen schaffen müssen. Dafür ist auch eine Weiterentwicklung des Gesetzes über die kommunalen Wahlbeamten notwendig. Lass

uns daran gemeinsam arbeiten, sodass wir bis zum März 2026 ggf. noch etwas auf den Weg bringen können. Wir hatten in den letzten beiden Jahren einige Nachwahlen. Das hat seine Gründe. Die Kolleginnen und Kollegen sind häufig an ihrer Belastungsgrenze. Der Stress und der Druck sind größer geworden.

Wir wünschen uns, dass Dein Haus darüber eine Statistik führt, die die Zahlen und die Beweggründe von Rücktritten erfasst. Man merkt, dass sich die Dinge verändern und das muss uns beschäftigen. Ich rede viel mit meinen Kolleginnen und Kollegen und freilich sind wir dankbar, für die Dinge, die wir bewegen können. Aber der Rahmen muss stimmen. Im Ergebnis hängt alles an der Frage, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen möchten. Darum sage ich immer: **Man muss in der Sache streiten können, aber gerade auf kommunaler Ebene ist es wichtig, dass man sich am Schluss wieder ins Gesicht schauen kann.**

GEMEINDETAG

Wir werden gelesen von rund 2.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Verwaltungsspitze in unseren Rathäusern und vielen ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgern. Haben Sie abschließend noch eine Botschaft für sie?

UWE BRANDL

Danke für Eure tägliche Arbeit. Die Vielfalt unserer Aufgaben vor Ort und die

damit verbundene Befriedigung ist außergewöhnlich, das wissen wir alle. Doch wir wissen auch alle, dass die Herausforderungen in den letzten Jahren größer wurden und dass sie in den kommenden Jahren keinesfalls einfacher werden. Darum auch danke für das solidarische Miteinander in unserem Verband. Unser Verband ist etwas Einzigartiges und etwas ganz Besonderes. 2031 Städte, Märkte und Gemeinde freiwillig vereint in einer Stimme. Das weiß sicherlich auch der Herr Staatsminister, darum danke auch Dir lieber Joachim, dass Du heute zu uns in die Geschäftsstelle gekommen bist.

JOACHIM HERRMANN

Danke für Ihr Engagement. Unsere Kommunen sind das lebendige Fundament unseres Freistaates und unserer Demokratie. Als Kommunalminister und langjähriger Stadtrat kenne ich den Wert Ihrer Arbeit für unsere Gesellschaft. Und darum werde ich auch in Zukunft darauf achten, die Rahmenbedingungen für Ihre Arbeit optimal mitzugestalten. Lieber Uwe, der Austausch war mir eine Freude. Lass uns das fortführen.

GEMEINDETAG

Lieber Herr Staatsminister, lieber Herr Präsident, wir danken Ihnen für das interessante Gespräch!

Die Fragen stellte:
Hans-Peter Mayer, Geschäftsführer
des Bayerischen Gemeindetags